

**Zeitschrift:** Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =  
Association Suisse des Professeurs d'Université

**Herausgeber:** Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

**Band:** 30 (2004)

**Heft:** 2-3

**Rubrik:** Aus Nah und Fern

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Couchepin will zentralisieren

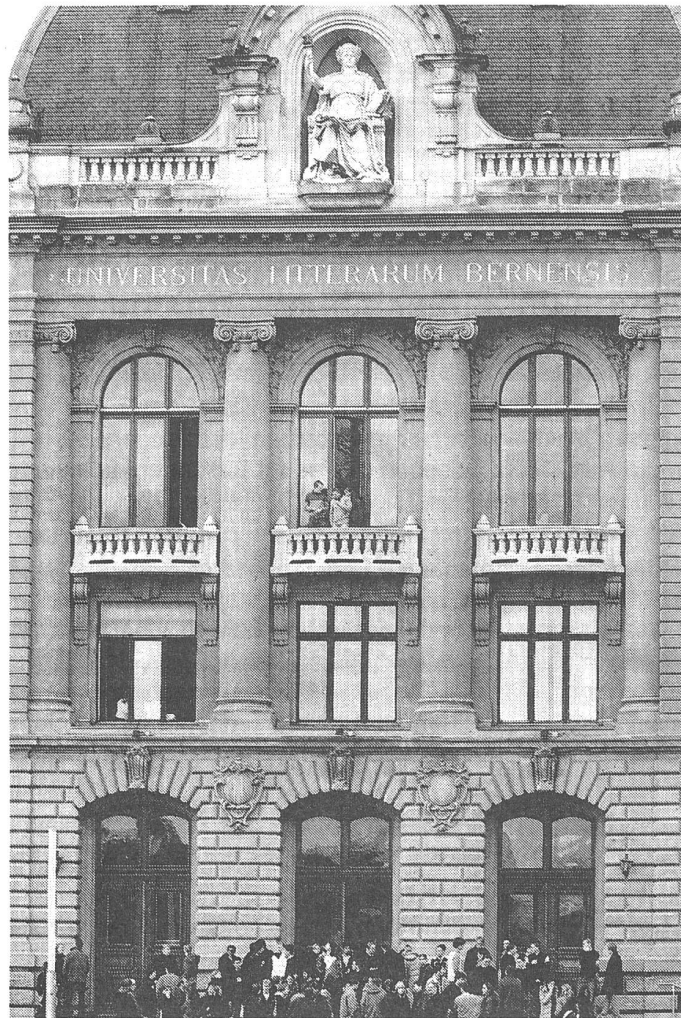
Scharfe Kritik auf Pascal Couchepins Vorschläge zur **Hochschulpolitik**

*Bundesrat Pascal Couchepin plädiert für eine Zentralisierung der Hochschulpolitik beim Bund. Er skizziert zwei Modelle für mehr Bundeskompetenzen und eine neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Letztere reagieren scharf.*

Innenminister Pascal Couchepin plädierte am Samstag an einer Fachtagung der FDP für neue Wege in der Hochschulpolitik. Er bemängelte dabei das in Arbeit befindliche neue Hochschulrahmengesetz, welches das Gesamtsystem von Eidgenössischen Technischen Hochschulen, Universitäten und Fachhochschulen regeln soll. Die Struktur dieser «Hochschullandschaft 2008» sei ein Abbild der heutigen Verfassungsgrundlage mit der bestehenden Aufteilung der Kompetenzen zwischen Kantonen und Bund. Dieses Modell entspreche zwar der aktuellen politischen Realität, sei aber nicht zukunftsweisend. «Es wird uns ins Mittelmaß führen und keine Spitzenleistungen ermöglichen», sagte Couchepin. Die von der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) vorgeschlagene neue Bildungsverfassung löse diese Problematik nur teilweise.

Der Vorsteher des Eidg. Departement des Innern (EDI) skizzierte deshalb an der Fachtagung zwei Alternativmodelle:

• **Verantwortung beim Bund:** Das erste Modell sieht vor, dass der Bund die Verantwortung für das gesamte Hochschulsystem übernehmen und die Autonomie der Universitäten ausgebaut würde. Die Kantone müssten einen bestimmten Beitrag pro Studierenden dem Bund bezahlen, der dann die Gelder wieder auf die Universitäten verteilen würde. Kantone mit Universitäten erhielten ein



Ist dereinst der Bund für die **Uni Bern** zuständig?

FRANZISKA SCHEIDEGGER

Standortentgelt. Die Kantone hätten zudem ein Mitspracherecht.

• **Verantwortung bei Bund und Kantonen:** Als zweites, weniger weit gehendes Modell regte Couchepin eine klare Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Kantonen an. Dabei würde der Bund die ETH, die Forschung und zusätzlich die Hochschulmedizin vollumfänglich übernehmen. Die Kantone hätten die volle, damit auch die finanzielle Verantwortung für die Univer-

sitäten und Fachhochschulen. Zulassung, Studienstruktur und -dauer sowie die Regeln der Qualitätssicherung müssten weiterhin gemeinsam geregelt werden.

Beide Modelle basieren auf Vorschlägen der Arbeitsgruppe von Staatssekretär Charles Kleiber, die das neue Hochschulrahmengesetz vorbereitet. Kleiber hatte dem «Bund» in einem Interview die Modelle bereits vor zwei Jahren skizziert. Gemäss Couchepin wären beide Modelle nicht einfach zu rea-

lisieren. Sie würden Änderungen in der Bundesverfassung bedingen, die in einer Volksabstimmung durchgebracht werden müssten.

## «Völlig absurd»

Hans Ulrich Stöckling, St. Gallen Regierungsrat und Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), bezeichnete Couchepins Idee gegenüber Radio DRS als «völlig absurd». Jene Ebene, die für eine Aufgabe die Verantwortung habe, müsse sie auch finanzieren, sagte Stöckling. Er glaube kaum, dass Couchepins Ideen überhaupt ein ernsthafter Diskussionspunkt sein könnten. Der EDK-Präsident zeigte sich auch überzeugt davon, dass die Vorschläge keine Mehrheit finden würden. Auf die Frage, ob die Ideen von Couchepin nur eine Provokation seien, sagte Stöckling: «Ich stelle nur fest, dass er mit seinen Provokationen bei der AHV beigetragen hat zu einer gewaltigen Niederlage». Er befürchte, dass Couchepin nun mit seinen neuen Vorschlägen beitrage zu einer Stagnation im Hochschulsystem. Bei den Kantonen bestehe so die Gefahr, dass die nichts mehr investierten, so lange sie nicht wüssten, was passiere. Couchepin selber versicherte demgegenüber, dass er nie eine Position verteidigen werde, welche die Kantone nicht teilen könnten.

## Harmonisierung der Systeme

An der FDP-Tagung forderten die Teilnehmer in einer Resolution unter anderem die schweizweite Harmonisierung der Bildungssysteme, um eine Vergleichbarkeit und damit eine Qualitätskontrolle zu ermöglichen. Die FDP will zudem, dass die Chancengleichheit im Bildungsbereich bestehen bleibt. Alle Kinder und Jugendlichen müssten Zugang haben zu einem ausgezeichneten Bildungssystem, unabhängig von ihrer sozialen, religiösen, kulturellen oder ethnischen Herkunft. (ap/sda/inl)

## Hochschulpolitische Fiktion

Von Heike Schmoll

Schon im Oktober 1997 hatten die Kultusminister zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandorts Deutschland die Einführung der aufeinanderbauenden Studiengänge Bachelor (BA) und Master (MA) an allen Fachhochschulen und Universitäten empfohlen. Am 19. Juni 1999 vereinbarten die europäischen Hochschulminister in Bologna dann, bis zum Jahr 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Seither ist der Umbau der Studiengänge nach dem Bachelor- und Master-Modell untrennbar mit der Bologna-Vereinbarung verbunden und zum vorrangigen Ziel deutscher Hochschulpolitik geworden. Für jene europäischen Länder, die bisher nicht über angelsächsische Studienordnungen verfügten, hat mit „Bologna“ die einschneidendste Universitätsreform seit Wilhelm von Humboldt begonnen.

Die deutschen Kultusminister versprechen sich von dieser Umstellung kürzere Studienzeiten, höhere Erfolgsquoten durch Kontrolle und Verschuulung des Hochschulstudiums und eine bessere Berufsqualifizierung der Abgänger. Vor allem aber sind sie überzeugt, einen größeren Bewegungsfreiraum für Studierende und Lehrende in Europa zu schaffen. Die Wirklichkeit zeigt, daß davon keine Rede sein kann. Vielmehr erweist sich das wichtigste Ziel der Reform, die internationale Vergleichbarkeit der Studiengänge und Abschlüsse, als frommer Wunsch oder als böser Etikettenschwindel.

Großbritannien etwa schert sich überhaupt nicht um die Bologna-Vereinbarung, und es ist nicht das einzige Land in Europa, dem „Bologna“ lediglich dazu dient, seine eigenen Interessen voranzubringen. Mit der Einführung neuer Studienabschlüsse für all diejenigen, die sich dem Bachelor nicht gewachsen fühlen, unterläuft die britische Regierung die Bologna-Vereinbarung. Für Premierminister Blair ist es allemal wichtiger, möglichst viele Abiturienten an die Universität zu bringen als europäischen Richtlinien nachzukommen – und wer könnte es ihm übelnehmen? Eine Untersuchung hat soeben nachgewiesen, daß es den in Bologna beschworenen internationalen Standard nicht einmal unter den angelsächsischen Studiensystemen gibt. Er ist und bleibt ein Wunschtraum der Hochschulpolitiker.

Gleichwohl treiben deutsche Politiker fünf Jahre nach Bologna unverdrossen die „flächendeckende“ Einführung der gestuften Studiengänge voran und sprechen von der Unumkehrbarkeit eines nötigen Reformprozesses. Keiner bezweifelt, daß deutsche Studenten bisher zu lang studierten, daß in den ersten Semestern zuwenig Grundlagen erarbeitet wurden und die erste Studienphase nicht durch eine klare Zäsur mit Leistungsnachweisen abgeschlossen wurde. Auch die Lehre hätte schon früher einer Überprüfung bedurft. All das sehen auch die Kritiker der Reform, denen zu Unrecht vorgeworfen wird, lediglich auf Althergebrachtem beharren zu wollen. Doch die übereilte Einführung des Bachelor/Master-Studiums ist nichts anderes als der Versuch, inhaltliche Fragen über Strukturreformen zu lösen. Da für grundlegende Überlegungen die Zeit fehlt, ist zu befürchten, daß nur die Schwächen des früheren Systems in das neue System übertragen werden.

Geht es überhaupt um ernstgemeinte Studienreformen? Der „Bachelor“ nach nur sechs Semestern soll denjenigen einen vollwertigen akademischen Abschluß ermöglichen, die sonst vielleicht ihr Studium abbrechen würden. Daß der deutsche Arbeitsmarkt überhaupt nicht die Berufsbilder für diesen – niedrigen – Abschluß aufweist, sondern diese erst erfunden werden müssen, kümmert die Hochschulpolitiker und ihre Regierungschefs nicht. Sie suchen eine Studienverkürzung und damit eine Entlastung der öffentlichen Haushalte. Ob der Bachelor-Absolvent eine Stelle findet, ist seine Sache. In der Statistik der Studienabbrecher wird er nicht mehr auftauchen, allenfalls in der Arbeitslosenstatistik. Von ihrem ursprünglichen Vorhaben, nur einen geringen Prozentsatz der Bachelor-Absolventen zum höherrangigen Master-Studium zuzulassen, haben sich die meisten Universitäten weit entfernt. Einige Fächer richten sich auf Übergangsquoten zum Master-Studiengang von 80 bis 90 Prozent ein.

Nicht alle Bundesländer wollen ausschließlich auf „Bachelor“ und „Master“ umschwenken, einige sehen gute Gründe, die bewährten Diplomabschlüsse auch über das Jahr 2010 hinaus zu behalten. Häufig wissen Fakultäten davon nichts. Es gibt aber auch Wissen-

schaftsministerien wie die von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, die ihre Hochschulen durch Gesetze zwingen, auf „Bachelor/Master“ umzuschwenken, und die über Zielvereinbarungen und Mittelvergaben Druck ausüben. Viele Professoren haben resigniert und glauben, in vorseilendem Gehorsam Bachelor- und Master-Abschlüsse anbieten zu müssen, auch wenn sie unter den damit verbundenen Qualitätseinbußen leiden. Die Verschuulung des Studiums und die Einführung des Leistungspunktesystems führen in vielen Fächern zur Erbsenzählerei. Zwar ist abfragbares Wissen die Voraussetzung für eigenständige Urteilsfähigkeit und für das Erkennen von Gesamtzusammenhängen, aber niemals das Ziel eines Hochschulstudiums. Billige Bildung entlastet zwar öffentliche Kassen, taugt aber nicht für ein langes Arbeitsleben in verantwortungsvollen Berufen.

Das haben inzwischen nicht nur geisteswissenschaftliche Fakultäten wie Rechtswissenschaftler, Mediziner und Theologen erkannt, sondern vor allem die technischen Studiengänge wie Ingenieurwesen, Elektrotechnik, Informatik, Maschinenbau, deren deutsche Abschlußdiplome in aller Welt für Qualität bürgen. Wäre es nicht möglich gewesen, Erläuterungen zu den bewährten Diplomen zu vereinbaren, statt neue Abschlüsse zu erfinden, die ihr wichtigstes Ziel, die internationale Anerkennung, ohnehin verfehlen? Für einen echten Wettbewerb der Hochschulen und Studien müßte es möglich sein, verschiedene Abschlüsse beizubehalten. Die deutsche Hochschultradition ist zu kostbar, als sie einer hochschulpolitischen Fiktion wegen zu ruinieren.

Quelle: FAZ 140 vom  
19. Juni 2004, S.1

# Ihr geht alle in die Medien

Die deutschen Universitäten basteln an Berufsattrappen

Die deutschen Universitäten sind aufgefordert, ein „bedarfsgerechteres“ Angebot zu verwirklichen. Studien sollen „entschlackt“ und auf „Kerninhalte zugespitzt“ werden. Früher als bisher sollen Absolventen in den Beruf einsteigen können. Und international „anschlußfähig“ sollen ihre Abschlüsse sein. So steht es in den Empfehlungen des „Centrums für Hochschulentwicklung“ (CHE) der Bertelsmann-Stiftung, das seit zehn Jahren daran arbeitet, aus Universitäten „Dienstleistungsunternehmen“ zu machen. So will es auch die offizielle Bildungspolitik im Gefolge der EU-Beschlüsse von Bologna 1999. Und so bekräftigen es all jene, die sich den Kampf gegen die Debattebürokratie, die nach 1968 als Hochschulselbstverwaltungen eingerichtet wurden, nur als Kampf um eine nach Wirtschaftsgesichtspunkten gestaltete Universität vorstellen können.

Wie sehen Studiengänge aus, die dieser Einstellung entspringen? Welchen Dienst erweist das Unternehmen seinen Kunden? Ein paar Beispiele: An der Universität Dortmund kann man jetzt „Angewandte Literatur- und Kulturwissenschaft“ studieren. Die Technische Universität Darmstadt bereitet einen Bachelor in „Geschichte der Moderne“ vor. In Konstanz führen sechs Semester in „Kulturwissenschaft der Antike“ laut Universität zu einem berufsqualifizierenden Abschluß. In Bamberg werden Erstsemestern „Interdisziplinäre Mittelalterstudien“ angeboten, die ebenfalls auf ein Bakkalaureat zusteuern. Über den „Kulturwirt“ in Duisburg haben wir schon einmal berichtet (F.A.Z. vom 19. September 2002). Dort, in Duisburg, gibt es auch ein Studienfach, das „Wasser“ heißt und entsprechende Experten „für den Einsatz in allen Ländern“ hervorbringen möchte. Englischkenntnisse müssen dabei „nicht explizit nachgewiesen werden“ – aber später sicherlich angewandt.

Beim Wasser, das sei vorausgeschickt, kennen wir uns nicht aus, vielleicht ist es ja sinnvoll, unter einem solchen Gesichtspunkt zu studieren. Aber worauf wendet man eigentlich Literaturwissenschaft an? Auf Literatur. Doch was wäre dann unangewandte Philologie? Die Auskunft des Dortmunder Studienganges läßt die Interessenten wissen: „Wir haben die Fächergrenzen eingerissen und uns an beruflichen Leitbildern orientiert.“ Kompakter kann die Zwangsvorstellung nicht formuliert werden, unter der gegenwärtig ein großer Teil der deutschen Universitäten steht. Fächergrenzen sind einzureißen und, so viel Größenwahn gehört dazu, können eigenhändig von Studienkommissionen eingerissen werden. Die aus diesem Einriß hervorgehenden Lehrpläne sind dann an Berufsbildern auszurichten.

Schaut man nach, dann handelt es sich bei den Berufen, die den Dortmunder Literaturanwendern in Aussicht gestellt wer-

den, um exakt jene, an die man auch in Konstanz denkt, wenn man dort verspricht, Kenner der Antike fänden bei „öffentlichen und privaten Kultureinrichtungen (Kulturämter, private wie öffentliche ‚Kulturproduzenten‘, Kultur-/Studienstiftungen) und zunehmend Unternehmen, Verbänden, Organisationen mit kulturellen Bedürfnissen“ eine Zukunft. Ei, gewiß, und jeden Tag wird sie bekanntlich schöner, ständig steigt die Nachfrage nach Kulturanwendern mit „interdisziplinären Schlüsselqualifikationen“ wie implizitem Englisch, Trainiertsein in Kommunikationstechniken sowie dem Durchgestandenhaben von Einführungsvorlesungen in Medienkunde, „Cultural Studies“ oder Betriebswirtschaft. Auch die interdisziplinären Mediävisten aus Bamberg und die Duisburger Kulturwirte werden sich bei jenen kulturbedürftigen Organisationen bewerben. Im Auswahlseminar treffen sie todsicher auf die Bachelors in „Angewandter Geschichte“ (Siegen), in „Populärer Musik und Medien“ (Paderborn) und in „Gesellschaftskommunikation“ (Berlin).

## Eine Generation wird betrogen

In den Broschüren für all diese Studiengänge werden den Bewerbern genau dieselben Aussichten gemacht. Wären sie nicht so offensichtlich verlogen, man müßte fürchten, Deutschland würde bald eine Nation von Pressesprechern, Programmheftschriftstellern und Tourismusberatern. Tatsächlich aber wird versucht, eine Generation zu betrügen. Man suggeriert Abiturienten, die offenbar für völlig orientierungslos gehalten werden, daß ein riesiger Arbeitsmarkt für Absolventen solcher Studien existiert. Die einzigen Stellen aber, die es wirklich gibt, gehören den Leuten, die hier so tun, als hätten sie neue Fächer und einen dazu passenden gesellschaftlichen Bedarf entdeckt. Die so tun, als seien ältere Abschlüsse und Disziplinen völlig verpöchtelt und als könne man, was zuvor kaum in acht Semestern möglich war, nun locker in sechs schaffen. Die es aber besser wissen. Der Bachelor in „angewandter Geschichte“ aus Siegen etwa, heißt es, führe „zu generellen Einsatzmöglichkeiten und gehobeneren Tätigkeiten“. In jedem Warenkatalog würde der Hinweis, das angebotene Gerät sei ungeheuer praktisch sowie generell und gehoben einsetzbar, zu Recht auf die völlige Verwendungsfähigkeit der Maschine schließen lassen.

Der Grund dafür, daß solche Studiengänge aus dem Boden schießen, ist ein dreifacher. Zum einen liegt es an dem abwegigen Programm, in Deutschland flächendeckend dreijährige Bachelorstudiengänge einzuführen, ohne sich dabei am einzig vorbildlichen Modell dafür, dem guten amerikanischen Colleges, zu orientieren. Man scheut das Eingeständnis, daß es vielen Studenten

an elementaren Voraussetzungen für ein Studium fehlt. Also verzichtet man auf den amerikanischen Weg eines allgemeinbildenden Bachelorstudiums von vier Jahren. Außerdem hat man weder das Druckmittel der Studiengebühren zur Hand, noch will man sich wirklich um die Erziehung, mithin Betreuung des Nachwuchses bemühen, was unter anderem die Durchsetzung eines Lehrprogramms verlangen würde, an dem Studenten auch scheitern können.

Statt dessen erfindet man Spezialfächer, die angeblich in drei Jahren berufsfähig machen. Woher aber soll denn eine Achtzehnjährige, die sich für Geschichte interessiert, schon wissen, daß angewandte Geschichte – meinen sie das Studium des Militärwesens? –, die Geschichte der Moderne oder ein interdisziplinäres Mittelalter ihre Sache ist? Und hat nicht eine interdisziplinäre Beschäftigung mit dem Mittelalter disziplinäre Kenntnis zur Voraussetzung? Dieselben Studenten, denen die Professoren bisher im Durchschnitt pro Woche kaum mehr als zwanzig Seiten Lektüre abverlangt haben, sollen nun in sechs bis acht Semestern Historiker, Philosoph, Rechts- und Kirchenkundler zugleich werden?

## Philosophie mit Sportabzeichen

Auch die angewandten Dortmunder Kulturträger sollen nicht nur in deutscher und englischer Philologie, sondern komplementär auch noch in Journalismus – „Textproduktion mit Medienbezug“ –, in Philosophie oder Sport – Eingangsvoraussetzung: „Nachweis sportpraktischer Fähigkeiten im Umfang des deutschen Sportabzeichens in Bronze“ – oder „Technikdidaktik“ rasch marktfähig werden. Wenn sie da mal noch zur Besinnung kommen. Man darf an den Einwand des Rabbis gegen die wunderbare Brotvermehrung erinnern: „Ich zweifle nicht, daß sie gegessen haben, ich zweifle, daß sie satt geworden sind.“ Unanwendbare Halbbildung wäre ein freundliches Wort für die Geistvermehrung durch Studienreform, die hier behauptet wird.

Das führt zum zweiten Grund ihres Entstehens, dem sich zur Autosuggestion verdichtenden Glauben an die Phrase „Interdisziplinarität“. Keine Hochschultagung vergeht ohne diese: Die Probleme der Welt richten sich nicht nach Disziplinengrenzen, darum soll es auch die universitäre Lehre nicht. Das klingt weltzugewandt, aber auch, als würde jemand sagen: „In der Natur gibt es keine Konsonanten, laßt uns bloß noch in Vokalen sprechen!“ Formlosigkeit und das Unvermögen zur Konzentration am Exempel werden als Sachnähe verkauft. Dabei fällt es in den Geistes- und Sozialwissenschaften keinem intelligenten Studenten schwer, Lektüre aus Nachbardisziplinen heranzuziehen. Außerdem tut man so, als ließen sich an Universitäten „die Probleme der Welt“ lösen, wenn man den jungen Leu-



ten unter Beigabe von „Didaktik“, „Methoden“ und „Präsentationstechniken“ ein bißchen von allem erzählt.

Schließlich der dritte und ausschlaggebende Grund: Die deutschen Universitäten sind voll von Lehr- und Forschungspersonal, das gar nicht an den Sinn der Fächer glaubt, die es vertritt. Daß die geduldige Lektüre der Gedichte Conrad Ferdinand Meyers, das Nachdenken über den Funktionsverlust des Adels oder das Studium primitiver Religionen einen Erkenntnisgewinn herbeiführt, leuchtet ihm nicht mehr ein. Nicht für sich selber, um wieviel weniger für die Studenten. Man gibt vor, sie zu Berufen zu befähigen, weil man mit ihnen gar nichts anderes anzufangen weiß. In den Geisteswissenschaften geht das zu meist nur um den Preis der Erfindung von Berufen. Man steht dem Nachwuchs zynisch gegenüber, zweifelt an seinen Fähigkeiten, hat die Kraft nicht, daran durch Unnachgiebigkeit in den Leistungsanforderungen etwas zu ändern, braucht zugleich möglichst viele Studenten, um die Größenordnung des eigenen Betriebs aufrechtzuerhalten. Also lügt man nach Art des Reklamewesens, für das man angeblich ausbildet. „So werden Sie fit für internationale und interkulturelle Kommunikation“, prahlen die Dortmunder Generalanwender.

Sir Richard Livingstone, einst Vizekanzler der Universität von Oxford, meinte, eine gute Universität erkenne man daran, welche Gebiete an ihr nicht erforscht würden. Die Betonung lag auf „Universität“. Denn Livingstone dürfte kaum etwas gegen Diplome für Fahrlehrer, Abschlüsse in Feuerwehrtechnik oder – wenn er sich's nur hätte vorstellen können – angewandter Literaturwissenschaft gehabt haben. Nur daß die entsprechenden Kurse nicht an Universitäten gehören. Marktwirtschaft heißt nicht, daß jeder Laden alles vorhält.

Die Studenten merken das. Ihre Zurückhaltung gegenüber den Bachelor-Studiengängen ist in den meisten Fällen groß. So groß, daß man seitens des Bertelsmann-Centrums inzwischen schon ein bißchen gereizt davon spricht, es sei nicht in Ordnung, den Bachelor der Konkurrenz mit den eingeführten Studiengängen, Diplom und Magister, auszusetzen. Der Bachelor werde sich nicht „platzieren lassen“, wenn er bloß eine zusätzliche Option darstelle. Das Argument, die neuen Studiengänge würden sich schon durchsetzen, wenn sie besser als die alten seien, erklärt das CHE für unzulässig. Damit würden die Risiken der Reform auf die Studenten, das „schwächste Glied in der Kette“, abgewälzt.

Aha, der Kunde des Dienstleistungsunternehmens ist also das schwächste

Glied? Ach so, Wettbewerb heißt, daß man Wahlmöglichkeiten herabsetzt? Und Nachfrageorientierung besteht darin, den Konsumenten für zu dumm zu halten, sich über die Qualität des Angebots ein Urteil zu bilden? Die Universitäten und ihre Fakultäten wären gut beraten, sich nicht von solchem haltlosen Gerede vorgeben zu lassen, was ihre Aufgabe ist und wo ihre Stärken liegen. Sie bedürfen gewiß der Reform. Eine Ideologie aber, die sie dazu zwingt, At-trappen herzustellen und ihre Kundschaft zu belügen, haben sie nicht nötig.

JÜRGEN KAUBE

Quelle: FAZ vom 8.5.2004, Nr. 107, S. 35

### Bücher über Wissenschaft

**Ulrich Loewenheim (Hg.)**, Urheberrecht im Informationszeitalter, C.H.Beck, München 2004, 754 S., Euro 85.--

**Peter Sitte**, Die Biologie als Schlüsselwissenschaft in der modernen Gesellschaft, Studien Verlag Innsbruck, 38 S., Euro 7.--

**Stefan Böschen / Ingo Schulz-Schaeffer (Hg.)**, Wissenschaft in der Wissensgesellschaft, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2003, 253 S., Euro 32.90

**Florian Keisinger / Timo Lang / Markus Müller (Hg.)**, Wozu Geisteswissenschaften?, Campus Verlag Frankfurt/Main, 2003, 197 S. Euro 15.90

**Dorothee Kimmenich / Alexander Thumfart (Hg.)**, Universität ohne Zukunft, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2004, 272 S., Euro 9.--

**Ulrike Rinn / Dorothee M. Meister (Hg.)**, Didaktik und Neue Medien. Konzepte und Anwendungen in der Hochschule, Waxmann Verlag Münster 2004, 282 S., Euro 19.80

**Peter Gähner (Hg.)**, Information Technology, Onlinegestütztes Lehren und Lernen in informationstechnischen Studiengängen, Waxmann Verlag, Münster 2004, 250 S., Euro 25.50

**Inken Lind**, Aufstieg oder Ausstieg? Karrierewege von Wissenschaftlerinnen. Ein Forschungsüberblick, Kleine Verlag Bielefeld 2004, 160 S., Euro 17.80

**Jürgen Mittelstrass**, Transdisziplinarität - wissenschaftliche Zukunft und institutionelle Wirklichkeit, UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz 2003, 26 S., Euro 9.90

### Professur für Raumentwicklung

Die Professur befasst sich in der Forschung mit konzeptionellen Fragen räumlicher Planung und Entwicklung, schwergewichtig der Interaktion von Raumnutzung und politischem, gesellschaftlichem, gestalterischem und wirtschaftlichem Handeln, mit Blick auf den aktuellen Planungsdiskurs. Die Aufgaben in der Lehre beinhalten fachbezogene Beiträge auf Bachelor-, Master- und Weiterbildungsstufe in den Departementen Bau, Umwelt und Geomatik sowie Architektur.

Kandidatinnen und Kandidaten verfügen über eine universitäre Hochschulausbildung und sind in einer raumrelevanten Disziplin verankert, sei diese ingenieurmässiger, naturwissenschaftlicher, architektonischer, politisch-rechtlicher, ökonomischer oder sozialwissenschaftlicher Art. Wichtig ist angesichts der Querschnittsorientierung des angesprochenen Bereichs die Fähigkeit zur interdisziplinären Zusammenarbeit. Weiter werden profunde Kenntnisse der Planungsmethodik und Planungstheorie sowie ein internationaler Erfahrungshorizont und ein entsprechender Publikationsausweis vorausgesetzt.

### Professur für Stoffhaushalt und Entsorgungstechnik

Die Professur beschäftigt sich mit den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Grundlagen von Analyse und Steuerung der Stoff-, Güter- und Energieflüsse einschliesslich der Entsorgungstechnik. Ziel ist, durch Optimierung von Produkten und Prozessen Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft zu erreichen. Es geht um Ressourcenbewirtschaftung von Regionen oder Branchen einschliesslich des sozioökonomischen Umfelds.

Kandidatinnen und Kandidaten verfügen über eine Hochschulausbildung mit Doktorat in Ingenieur-, Natur- oder Wirtschaftswissenschaften und sind im Bereich der Analyse, Modellierung und Gestaltung von Stoff-, Güter- und Energieflüssen ausgewiesen. Sie sind dank ihrer Kenntnis der wissenschaftlichen Grundlagen und ihrer praktischen Erfahrung in der Lage, den angesprochenen Bereich forschend zu fördern und die sich daraus ergebenden Resultate in Lehre und Praxis einfließen zu lassen. Vorausgesetzt werden weiter die Befähigung und Bereitschaft zu interdisziplinärer Zusammenarbeit im nationalen und internationalen Rahmen.

### Assistenzprofessur für Nachhaltiges Bauen

Die Assistenzprofessur beschäftigt sich mit der nachhaltigen Gestaltung, Realisierung und Nutzung von Bauten und Anlagen. Im Vordergrund stehen konzeptionelle, konstruktive und ökonomische Fragen der Planung und Erstellung von Bauwerken, wobei in massstäblicher Hinsicht der Schwerpunkt beim Einzelobjekt und bei urbanen Arealen liegt. Ziel ist die Optimierung von Ressourceneinsatz und Nutzen über den gesamten Lebenszyklus unter Einbezug ökologischer, ökonomischer, gesellschaftlicher und kultureller Aspekte.

Kandidatinnen und Kandidaten verfügen über eine Hochschulausbildung einschliesslich Doktorat mit Bezug zu Planungs-, Bau- oder Umweltfragen, sei diese ingenieurmässiger, architektonischer oder ökonomischer Art. Erwartet werden die Fähigkeit zur inter- und transdisziplinären Zusammenarbeit und die Bereitschaft, ein neues Wissensgebiet systematisch zu entwickeln.

Assistenzprofessuren dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Sie werden auf vier Jahre besetzt; eine Verlängerung um weitere zwei Jahre ist möglich.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Publikationsliste und einem Verzeichnis der bearbeiteten Projekte sind **bis zum 15. September 2004 einzureichen beim Präsidenten der ETH Zürich, Prof. Dr. O. Kübler, ETH Zentrum, CH-8092 Zürich**. Im Bestreben, den Frauenanteil in Lehre und Forschung zu erhöhen, fordert die ETH Zürich Wissenschaftlerinnen ausdrücklich zur Bewerbung auf.